Zeitschrift: Serie Ares : histoire militaire = Militärgeschichte

Herausgeber: Association suisse d'histoire et de sciences militaires

Band: 4 (2018)

Artikel: Militärischer Transnationalismus und wirtschaftspolitischer Dilettantismus : Asymmetrien in der Landesverteidigungskonzeption

Autor: Tanner, Jakob

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-1043687

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 14.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Jakob Tanner

Militärischer Transnationalismus und wirtschaftspolitischer Dilettantismus: Asymmetrien in der Landesverteidigungskonzeption

I.

Im Ersten Weltkrieg veränderte sich das politische Institutionengefüge der Schweiz nachhaltig. Dies hatte sich schon vor 1914 abgezeichnet. Die Formierung der Spitzenverbände der Wirtschaft brachte mächtige organisierte Interessen ins Spiel, welche die politischen Aushandlungsprozesse immer stärker beeinflussten. Parallel und in enger Wechselwirkung mit dieser Verhandlungsdemokratie entwickelte sich die direkte Demokratie. Mit der Einführung des (obligatorischen und fakultativen) Referendums 1874 und der Volksinitiative 1891 wurden die Volksrechte ausgebaut. Dies stärkte nicht nur die Interventionsmöglichkeiten der stimmberechtigten Männer, sondern auch den Einfluss von Organisationen. Im selben Zeitraum wandelten sich die Gesellschaftsstruktur, die Volkswirtschaft, die Weltmarktbeziehungen, das Völkerrecht und das Mediensystem. Transnationale ökonomische Verflechtungen und kommunikative Abhängigkeiten traten immer deutlicher hervor und es stellte sich im neutralen Kleinstaat (als der sich die Schweiz mittlerweile selber sah) ein gesteigertes Bewusstsein für grenzüberschreitende Schockwirkungen und Verletzlichkeiten im Falle eines Krieges der europäischen Mächte ein. In den Jahrzehnten vor 1914 praktizierte die schweizerische Eidgenossenschaft eine aktive und vernetzungsorientierte Aussenpolitik im Zeichen eines gouvernementalen Internationalismus.[1]

Während des Ersten Weltkrieges brach diese Konstellation abrupt zusammen. Der Krieg verursachte auf verschiedensten Ebenen und in allen Bereichen Probleme, die mit Massnahmen angegangen wurden, deren Tragweite anfänglich kaum überblickt werden konnte. Als am 3. August 1914 die vereinigte Bundesversammlung die Generalmobilmachung beziehungsweise Kriegsmobilmachung der Schweizer Armee anordnete, einen General wählte und sich mit dem sogenannten «Vollmachten»-Beschluss weitgehend selber entmachtete, begann eine Phase vorder- und hintergründiger Kompetenzstreitigkeiten zwischen Bundesrat, Armeekommando, Parlament und Administration, in die auch wirtschaftliche Exponenten und Interessengruppen (Wirtschaftsverbände und neu gegründete Kriegssyndikate) sowie wissenschaftliche Experten (Völker- und Verwaltungsrechtler, Staats- und Finanzwissenschaftler) intervenierten.[2]

Mit zunehmender Kriegsdauer verschärften sich die Schwierigkeiten. Der zunächst von den Entente-Staaten vorangetriebenen «masslosen völkerrechtswidrigen Ausweitung des Konterbandesrechts» war die Schweiz unvermittelt ausgesetzt; alsbald wurden keine «neutrale[n] Lücken» mehr akzeptiert. Dies ging einher mit einer Verallgemeinerung des Feindbegriffs und mit der Umkehr der Beweispflicht, indem es nun dem neutralen Land oblag, «den neutralen Charakter seiner Güter» nachzuweisen.[3] Auf die militärische Defensive folgte die handelspolitische. Gegen Firmen, die auf

«schwarzen Listen» figurierten, wurden Boykotte erlassen. Darüber hinaus griffen Aus- und Durchfuhrverbote sowie umfassende Einfuhr- und Verwendungskontrollen von Importgütern um sich.[4]

Diese Fähigkeit der kriegführenden Mächte, «die Handelsbeziehungen der Neutralen und schliesslich sogar den interneutralen Verkehr der Zwecksetzung und den Methoden der eigenen Wirtschaftskriegsführung unterzuordnen»,[5] wurde in der Schweiz nicht antizipiert. Allerdings setzte umgehend ein flexibler Aushandlungs- und Anpassungsprozess ein. Über die fast viereinhalb Kriegsjahre hinweg wurden sowohl das, was man unter «Neutralität» verstand, wie auch die Machtbeziehungen im Triangel von Militär, Politik und Wirtschaft laufend neu definiert.[6]

In diesem Beitrag stehen solche Widersprüche zwischen einer stark in globale und europäische Märkte integrierten Wirtschaft und einer stark an nationalen Paradigmen sich orientierenden militärischen Verteidigungsstrategie im Zentrum.[7] Diese äusserten sich zwingend auch in innergesellschaftlichen Konflikten. In einem damals viel beachteten Aufsatz analysierte der Historiker Hermann Böschenstein 1960 das «Spannungsfeld im Verhältnis zwischen Zivil- und Militärgewalt» in der Schweiz während des Ersten Weltkrieges. Böschenstein weist darauf hin, dass es «eine Ordnung» gab, «die für den Frieden passte, und eine andere, die auf den Krieg zugeschnitten war». Was fehlte, waren robuste Regelungen für das volatile «Zwischenstadium [...] der bewaffneten Neutralität»,[8] das abwechselnd als «Kriegszustand», «Ausnahmezustand» oder «Belagerungszustand» apostrophiert wurde und das den neuen (gegenüber der Zeit vor 1914 stark veränderten) Normalzustand nach 1918 entscheidend präjudizieren sollte.

Kognitiv sahen die an Clausewitz geschulten Vorstellungen des Krieges als «Fortsetzung der Politik mit andern Mitteln» und eines räumlich-zeitlich strikt begrenzten Kriegstheaters eine mehrjährige Verstetigung eines «Zwischenstadiums» zwischen Krieg und Frieden nicht vor. Die Illusion eines «kurzen Krieges» motivierte wissenschaftliche Experten und Politiker, wirtschaftliche Überlegungen weitgehend auf eine reibungslose Kriegsfinanzierung und die Bereitstellung von Vorräten für die ersten Wochen und Monate zu beschränken. Dabei hätte die Struktur der bundesstaatlichen Elite der Schweiz durchaus zur Früherkennung der für eine hochgradig verflochtene Volkswirtschaft grundsätzlich erkennbaren längerfristigen Probleme beitragen können.

Wenn hier von Elite im Singular gesprochen wird, so wird das mit der ausgeprägten Rollenkumulation wichtiger Exponenten und der engen Vernetzung einzelner Funktionseliten begründet, was die Kommunikationsintegration und Binnenkomplexität dieser Führungsgruppen gleichermassen förderte. Über familiäre Bezüge und persönlich-verwandtschaftliche Netzwerke waren die Leute, die in der Politik das Sagen hatten, auch jene, die in der Privatwirtschaft Entscheidungsfunktionen innehielten, die im

Militär Führungsrollen beanspruchten und die auch kulturell – in einer wiederum elitär verstandenen Hochkultur – herausragten.[9] Es gab also innere Konfliktpotenziale. Während der Jahre 1914–1918 intensivierten sich allerdings die inneren Abstimmungs- und Ausgleichsprozesse, so dass nach Ende dieses «Grossen Krieges» in der republikanischen Demokratie der Schweiz die auf eidgenössischer Ebene entscheidungsrelevanten Kräfte «in einem Boot» sassen, was es auch ermöglichte, das nationale Geschäftsmodell des helvetischen Finanzplatzes und Vermögensverwaltungszentrums gegen einen längerfristig abnehmenden Widerstand von links aufzubauen.[10]

Die inneren Spannungen und Friktionen ergaben sich weniger aus der föderalistischen Fragmentierung des Landes als aus einem basalen Widerspruch, der durch die nationale Elite hindurchlief und der bei denselben Exponenten je nach Zeitpunkt und Kontext zu unterschiedlichen Aussagen führen konnte. Generell waren dieselben Personen beziehungsweise ihre Freunde, Bekannten und Verwandten, mit denen sie sich austauschten, sich sehr bewusst, dass der volkswirtschaftliche Wachstumspfad der Schweiz auf funktionale Interdependenzen und ökonomische Synergien im europäischen und globalen Massstab angewiesen war. Gleichzeitig blieben sie im damals erstarkenden nationalpatriotischen Staatsdenken verhaftet, so dass ein Ökonom in einer exakt zum Kriegsausbruch vorgelegten Dissertation festhielt, «die Möglichkeit, selbst Krieg führen zu müssen» könne für die Schweiz nicht ausgeschlossen werden. Er führte neben einem «direkten Angriff» zwei weitere Möglichkeiten an, nämlich erstens die «Aufgabe ihrer Neutralität [...] wenn sie dies als vorteilhaft betrachten muss» und zweitens «durch eigene Kriegserklärung, wenn die Wahrung ihrer Ehre dies von ihr verlangen wird».[11] Es ging, neben dem stets wichtigen Nützlichkeitskalkül und dem «Vorteile-Ausnutzen» gegenüber anderen (Haltungen, die variabel auf Krieg und Frieden angewandt werden können), auch immer um den grossen Gefühlshaushalt des Kleinstaates, um seine «Ehre», bei deren Verletzung im Sinne eines staatlichen Duells nach Satisfaktion gesucht werden müsste.

Dieser Reflexionsraum über die Stellung der Schweiz in einem möglichen Krieg war nicht stabil und daraus resultierten Spannungen, welche sich nicht nur in Interessenkonflikten, sondern auch in Nicht-Kommunikation, Ausblendungen oder Missverständnissen ausdrücken konnten. Die militärische Führung war in den Jahren um 1900 zu einem transnationalen «Lernen vom Gegner»[12] übergegangen und übte sich in der forcierten Imitation von Vorbildern. Sie hatte in allen wichtigen Belangen «Preussen vor Augen» (so der Titel der einschlägigen Studie von Rudolf Jaun).[13] Die Ressourcenansprüche der Armee blieben zwar beschränkt, was eine von General Wille offen beklagte mangelnde Schlagkraft des schweizerischen Heeres zur Folge hatte. Gleichzeitig waren mit der neuen Drill-Erziehung

der Soldaten Ansprüche vor allem personeller Art verbunden, die mit den Interessen von Wirtschaftsunternehmen kollidieren konnten und die sich auch nicht mit den Prioritäten der politischen Behörden decken mussten.[14]

Diese inneren Auseinandersetzungen wurden durch äussere Einflüsse überlagert, die im Sommer 1915 mit der Forderung der Entente-Mächte nach Einrichtung eines aussenwirtschaftlichen Kontrollregimes in Form einer geforderten *Société Suisse de Surveillance économique* (SSS) unübersehbar wurden. Der verstärkte Einbezug der neutralen Schweiz in den Wirtschaftskrieg war brisant, weil er mit einem weitgehenden Verzicht auf «Wirtschaftsfreiheit» nach aussen verbunden war. Wache Beobachter weltwirtschaftlicher Zusammenhänge wie der einflussreiche Industrievertreter, Vororts-Vertrauensmann und FDP-Nationalrat Alfred Frey, für den schon anfangs August 1914 klar war, dass Deutschland diesen Krieg verlieren und dabei wirtschaftlich zugrunde gerichtet werde, waren an einer Verständigung mit den Westmächten interessiert.[15] Für General Ulrich Wille war dieses Kontrolldispositiv unnötig und auf lange Sicht verfehlt. Mit seinem sogenannten «Säbelrasselbrief» an den Bundesrat rannte er am 20. Juli 1915 gegen diesen von ihm so genannten «Einfuhrtrust» an: «Sollte aber die Voraussage des Nationalrat Frey nicht zutreffen – und das scheint mir der Fall zu sein – dann erblicke ich in dem Abschluss dieses Vertrags eine schwere Gefährdung des Gedeihens unseres Landes.» England handle mit «nervöser Hast» und es sei evident, dass «wir die Rohstoffe, die wir jetzt für unsere Industrie geliefert bekommen, [...] nach wie vor erhalten, auch wenn wir den Trustvertrag nicht annehmen». Und «nach dem bisherigen Verlauf des Krieges auch auf wirtschaftlichem Gebiete» dürfe man annehmen, dass Deutschland daraus «siegreich hervorgehen wird».[16]

Für Wille war dieses dem Sieg entgegengehende Deutschland der natürliche Verbündete der Schweiz. Sein Widerstand gegen das Abkommen mit den Alliierten speiste sich explizit nicht aus «der Befürchtung, Deutschland könnte gleich Repressalien ergreifen» (das heisst die Zufuhr von Kohle und Eisen stoppen), sondern aus «der Furcht vor den Folgen, wenn nach Abschluss des Friedens die europäischen Beziehungen neugeordnet werden».[17] Der General dachte langfristig strategisch; ihm schwebte ein grosses europäisches Szenario vor, in dem er neue aussen- und machtpolitische Perspektiven für die Schweiz sah. Das Problem war nur, dass er sich in trügerischer Sicherheit wiegte und letztlich auf die falsche Seite setzte, was auch der Unfähigkeit und dem Unwillen geschuldet war, sich mit dermassen profanen Dingen wie Wirtschafts- und Finanzbeziehungen profunder zu befassen.

Diese Reflexionsschwäche zeigte sich auch im Bundesrat. Hier fand die Meinung Resonanz, Deutschland werde diesen Krieg schliesslich gewinnen und die Schweiz müsse sich in einem längeren Krieg auf Gedeih und Verderb einer Kriegspartei anschliessen (was nach dieser Logik

Von den kriegswirtschaftlichen und aussenhandelspolitischen Herausforderungen des Weltkrieges gleichermassen überfordert: Bundesrat und Armeeführung im Ersten Weltkrieg (Bild: BAR, wikimedia).

nur die deutsche sein konnte).[18] Diese Überzeugung war allerdings rasch im Abklingen, weil bei der politischen Exekutivbehörde inzwischen das Sensorium für den Handlungsspielraum und die flexiblen Optionen der schweizerischen Aussen(wirtschafts)politik zugenommen hatte. Bundesrat Arthur Hoffmann hatte im Frühjahr 1915 gegenüber Alfred von Planta, ein Jahr zuvor noch Nationalratspräsident und nun Gesandter in Rom, erklärt, leider würden sich nicht nur «Chauvinisten» und «Leute, die einen gewissen Stich ins Grossmannssüchtige haben» durch eine Kriegsbeteiligung der Schweiz territoriale Zugewinne und wirtschaftlichen Nutzen erhoffen. Dies seien jedoch «gefährliche Zukunftsträume», vor allem deshalb, weil die Aussicht auf Gebietsmehrung die Schweiz «innerlich auseinanderjagen» würde.[19] Diese staatspolitisch bedrohlichen zentrifugalen Kräfte und auch der sich rasch verschärfende Graben zwischen Deutsch- und Westschweiz (hier «le fossé» genannt) konnte nur moderiert werden, wenn an der Neutralität festgehalten und ein vertragliches Arrangement mit den beiden kriegführenden Allianzen gesucht wurde. Deshalb forderte Hoffmann eine «recht nüchterne, zurückhaltende Politik» und unterstützte die SSS (im Volksmund als *Souveraineté Suisse suspendue* verspottet). Wenn die Alliierten die wirtschaftlichen Kontrollschrauben zudrehten, blieben, wie er plastisch festhielt, der Schweiz nur drei Optionen: verhungern, kämpfen oder akzeptieren.[20] Wurde das Problem auf diese Weise pragmatisch gestellt, so leuchtete das Akzeptieren unmittelbar ein.

II.

In einer Rückblende auf die Vorkriegsjahre wird im Folgenden aufgezeigt, wie die wirtschaftliche Problemdiagnose der Schweiz unmittelbar vor dem Ersten Weltkrieg aussah und welche Erkenntnisse, welches Wissen um die Verflechtungen der Schweiz damals vorhanden waren. Generell ist festzustellen, dass der Begriff der «Landesverteidigung» damals zwar verwendet wurde, jedoch weit hinter jenen der «Kriegsbereitschaft» und der «Vorbereitung auf den Kriegsfall» zurücktrat. Das hing auch damit zusammen, dass die damaligen Autoren den Status der «bewaffneten Neutralität» als nur eine und möglicherweise rasch unhaltbar werdende Option betrachteten.

Der Eindruck, dass die Schweiz sich unter finanziell-wirtschaftlichen Aspekten erst relativ spät auf eine Kriegseventualität vorbereite, fand in den Jahren vor 1914 weithin Zustimmung. 1910 publizierte der Ökonom Julius Frey (der ein Jahr darauf Präsident der Schweizerischen Kreditanstalt wurde und dieses Amt bis 1925 innehatte) in Raschers Jahrbuch einen Aufsatz zur «finanziellen Kriegsbereitschaft der Schweiz», worin er einleitend den Staatsmann Raimondo Graf Montecuccoli zitierte («Zum Kriegsführen braucht es vor allem drei Sachen: in erster Linie Geld, in zweiter Linie Geld und in dritter Linie Geld.») und dann auf die reichhaltige Literatur zu diesem Thema in Deutschland hinwies. Für die Schweiz stellte er ein völliges Fehlen einschlägiger Analysen fest; es sei ihm nicht bekannt, dass das Thema in der Schweiz «schon einmal öffentlich besprochen worden wäre».[21] Frey situiert die Aufgabe der Kriegsfinanzierung in einem sehr engen Rahmen. So wird die Erhöhung der Steuereinnahmen erst auf der letzten Seite angesprochen, dies mit der doppelten Feststellung, dass «die Kriegsausgaben des Staates schliesslich entweder durch Steuern aufgebracht oder in einem Anleihen konsolidiert werden müssen» und dass gleichzeitig «bei unseren schweizerischen Verhältnissen, wo die Eidgenossenschaft aller direkten Steuern entbehrt» eine «Deckung durch Steuern [...] immer nur zu einem kleineren Teil möglich sein» würde.[22] Von der militärischen Zielsetzung her war Frey hingegen offen. Er wollte «die finanzielle Seite der Kriegsvorbereitung und Kriegführung nicht etwa bloss für den Fall einer sogenannten Grenzbesetzung ohne eigentliche kriegerische Verwicklung unseres Landes selbst [...] beleuchten, sondern vielmehr für die Eventualität, dass wir selbst zur Wahrung unserer Unabhängigkeit das Schwert ziehen müssen». Denn «mit gutem Grund» sind «ja unsere militärischen Kriegsvorbereitungen [...] durchaus auf diesen letztern Fall zugeschnitten!»[23] Frey fokussierte fast vollständig auf die Notwendigkeit, bei einem Kriegsausbruch und einer Generalmobilmachung der Schweizer Armee rasch beträchtliche Finanzmittel aufbringen zu müssen – es ging ihm primär um die «ersten Tage» und als Eventualität um «mehrere Wochen».[24]

Zwei Jahre darauf legte der Ökonom und damalige Generalsekretär der 1907 gegründeten Schweizerischen Nationalbank, Adolf Jöhr, eine Schrift zur «Volkswirtschaft der Schweiz im Kriegsfall» vor, die umfassender angelegt war und worin er einleitend schrieb: «Die Vorsorge für den Fall eines Krieges ist in einem Land von der verkehrsgeographischen, volkswirtschaftlichen und politischen Lage der Schweiz eine Angelegenheit von so hohem Ernste, dass sie ebenso sehr die Aufmerksamkeit aller Behörden, aller Leiter von industriellen Unternehmen, Banken und Handelshäusern verdient, wie die der militärischen Kreise; sie neuerdings und nachhaltig auf diese Fragen zu lenken, ist der wichtigste Zweck meiner Arbeit.»[25] Jöhr strebte Wissenstransfers zwischen Wirtschaft, Politik und Militär an und versuchte, die nationale Elite für äussere Abhängigkeiten zu sensibilisieren.

Jöhr unterscheidet drei «Kriegseventualitäten»: erstens einen Krieg zwischen zwei Ländern, die nicht beide an die Schweiz grenzen; ein solcher wäre ohne direkten Belang; zweitens – und am wahrscheinlichsten – ein Krieg «mit allen vier Grenzländern», der die Schweiz «aufs tiefste in Mitleidenschaft» ziehen würde. Denn wirtschaftlich würde sie «nahezu das Schicksal derjenigen Gebiete ihrer Nachbarmächte teilen, die nicht direkt vom Krieg heimgesucht werden». Drittens dann eine direkte Involvierung der Schweiz in die Kriegshandlungen – in einem solchen Falle hörte aber, so der Autor, «jedes Prophezeien auf».[26]

Jöhrs Empfehlungen und Beobachtungen fokussieren auf drei grundlegende Punkte: *erstens* die materielle und finanzielle Kriegsvorbereitung der Eidgenossenschaft. Dem Geld- und Bankwesen stellte er, abgesehen von der nach wie vor bestehenden Abhängigkeit von Frankreich bei der Silberzufuhr, insgesamt gute Noten aus. Im Unterschied zu 1870/71 – er betrachtete den deutsch-französischen Krieg generell als Referenzereignis – sei die Schweiz, insbesondere seit der Gründung der SNB mit ihrem «elastischen Notenausgaberecht» und aufgrund soliderer Bundesfinanzen, vorteilhaft gewappnet. Jöhr sah allerdings in der Landesversorgung, speziell beim Brotgetreideimport sowie der Vorratshaltung, Schwachpunkte und forderte prospektive Vorkehrungen. Auch bei kurzer Kriegsdauer würden «viele Familien [...] hilfsbedürftig» werden. Es müssten Massnahmen wie Notunterstützung und, in extremis, Volksküchen vorbereitet werden. Gegen die Teuerung bei unentbehrlichen Gütern seien Ausfuhrverbote zu verhängen.[27]

Zweitens ging er von der Prämisse der «Neutralitätsbehauptung» aus. Das heisst, er nahm an, dass es der Schweiz gelingen könne und müsse, die «Kriegseventualität zwei» durchzuziehen, sich aus den Kriegshandlungen herauszuhalten. Die Zuversicht schöpfte er aus dem generellen *Do ut des* der Aussenwirtschaftsbeziehungen, aus der Flexibilität der Handelsverträge, aus der Bedeutung der Eisenbahnverbindungen und Alpentransversalen sowie aus den Möglichkeiten, unter erschwerten Bedingungen

die Landesversorgung via Nachbarländer und auf dem Weltmarkt generell sicherzustellen. Jöhrs Vertrauen in die Fähigkeit des von Kriegführenden umgebenen kleinen Staates, sich nützlich, ja unverzichtbar zu machen und sich agil zu arrangieren, war allerdings nicht grenzenlos. So zog er, *drittens*, einen in den Zustand völliger Ungewissheit hineinführenden militärischen Angriff auf die Schweiz in Betracht und führte, als «Schlussbemerkung» zu den Ergebnissen seiner Studie, an: «Alle finanzielle und wirtschaftliche Vorsorge wäre vergebens, wenn das Heer versagen würde.»[28]

Im Nachhinein – und die Geschichtswissenschaft ist gleichsam dazu verdammt, mit dieser Möglichkeit der Rückschau produktiv umzugehen – fällt auf, dass Jöhr sich wenig mit der Frage der Kriegsdauer befasst. Er schildert eher ein Dispositiv als einen Plan. Die von so unterschiedlichen Köpfen wie Friedrich Engels 1887 und Helmuth von Moltke 1890 erstellten Prognosen, es würde, wenn der Frieden misslinge, ein viele Jahre andauernder, bis zur brutalen Erschöpfung geführter Krieg mit bis zu 10 Millionen toten Soldaten in Aussicht stehen, tauchen in seinem Problemhorizont nicht auf. Ebenso wenig teilt er den Optimismus eines Johann von Bloch oder eines Norman Angell, die beide – der eine 1898, der andere 1910 – in materialreichen Studien die Unmöglichkeit eines Krieges angesichts einer forcierten Globalisierung nachzuweisen versuchten.[29] Jöhr blieb skeptisch, doch er glaubte, die Schweiz könne ihre vielfältigen Verbindungen nutzen und sie für die Neutralitätssicherung instrumentalisieren. Dabei ging er auch von der – nach 1914 rasch falsifizierten – Vorstellung aus, dass die Weltmeere gerade angesichts moderner Waffentechnik nach einer kurzen Umbruchphase rasch wieder sicher sein würden, weil sich zwangsläufig die eine oder andere Seite durchsetzen müsse.

Dass Abhängigkeiten gleichzeitig Aktivposten in den wirtschaftlichen Aussenbeziehungen eines Landes darstellen, wurde 1913 noch pointierter als bei Jöhr durch den Wirtschaftshistoriker und Sekretär der Basler Handelskammer, Traugott Geering, geäussert. In einer Analyse der «Exportstruktur der schweizerischen Volkswirtschaft» schilderte dieser die Schweiz als pionierhaften modernen Industriestaat mit «gewaltiger Exportleistung». Seine Aussenwirtschaft ermögliche es dem Land, «das Erwerbsleben [...] weit über das Mass der natürlich gegebenen Produktionsbedingungen [...] hinaus» zu erweitern und «für Hunderttausende Arbeit und Erwerb im Lande» zu schaffen, «die sonst keinen Platz bei uns hätten». So hat zum Beispiel die Uhrenindustrie – gemessen am kleinen Landesbedarf – «eine fünfzigmal grössere Produktion für den Weltmarkt aufgebaut».[30] Geering sah in solchen wirtschaftlichen Verflechtungen eine «innere Notwendigkeit für jedes halbwegs zivilisierte Volk»; in «einem so kleinen Kulturstaate wie die Schweiz» wären sie «am allerwenigsten zu vermeiden».[31] Mit seiner «kräftigen, schöpferischen industriellen Initiative» erschliesse sich das Land «das unendliche Wirkungsfeld des Welt-

marktes».[32] Tatsächlich werde die Schweiz «durch die [...] enge Verkettung mit dem Weltmarkt vom Ausland abhängig». Dieser Sachverhalt sei jedoch auch eine Stärke, denn «mit diesen Exporten machen wir [...] das Ausland unserer Volkswirtschaft in dem denkbar stärksten Masse tributär».[33] Die «Unentbehrlichkeit unserer Exportproduktion für das Ausland» ermögliche es der Schweiz im Gegenzug, «das Brotkorn in der Hauptsache» zu importieren.[34] Aufgrund dieses «industriellen Machtbestandes» dürfe das Land optimistisch in die Zukunft blicken.

Geering formuliert hier ein Jahr vor Kriegsausbruch die These einer fundamentalen Reziprozität von Abhängigkeit und Attraktivität, von Verwundbarkeit und Einflussnahme. Er brachte jene Faktoren ins Spiel, die es den Akteuren der schweizerischen Volkswirtschaft auch im Zustand der «bewaffneten Neutralität» ermöglichen können, überraschende Chancen wahrzunehmen. Wie vor ihm schon Adolf Jöhr thematisierte er indirekt die Ambivalenz eines wirtschaftlichen Sich-nützlich-Machens der Schweiz. Dieses setzte Verflechtungen in alle Richtungen voraus; mit Autarkiemaximen kann man anderen wenig bieten. Eine offene und leistungsfähige Volkswirtschaft hingegen erhöht nicht nur das Erpressungspotenzial, sondern kann die staatliche Souveränitätsbehauptung sowie nationale Existenzsicherung unterstützen. Das mag kostspielig sein – dieselbe Konstellation bietet aber ebenso Chancen auf Kriegsgewinne und für ein neutrales Profitieren.

Eine solche Problemstellung führt zur Frage, inwieweit die militärischen, politischen und wirtschaftlichen Verantwortlichen solche zentralen Einsichten rezipierten. Und sie regt zur Überlegung an, inwieweit diese komplexe Problematik in der schweizerischen Öffentlichkeit wahrgenommen und diskutiert wurde.

III.

Welche Konsequenzen wurden in der Schweiz vor und bei Kriegsausbruch aus den vorgestellten Analysen gezogen? Der Historiker Heinz Ochsenbein hielt bereits 1971 in seiner Studie «Die verlorene Wirtschaftsfreiheit» fest: «Weder der Bundesrat noch der Generalstab hat in seiner Lagebeurteilung die Erkenntnis vorweggenommen, dass die Schweiz [...] durch eine Wirtschaftsblockade am lebenswichtigen wirtschaftlichen Nerv getroffen werden könnte, dass im 20. Jahrhundert die Handelspolitik immer mehr zur Aussenpolitik werden würde und die Schweiz gerade dank ihrer wirtschaftlichen Verflechtung mit allen wichtigen Ländern einige Überlebenschancen hätte.»[35] Ochsenbein konstatiert bei der militärischen und zunächst auch bei der politischen Führung eine eklatante Unfähigkeit, die Zusammenhänge zwischen souveränem Staat und funktionsfähiger Wirtschaft angemessen zu reflektieren. Er attestiert zum Beispiel Bundes-

rat Giuseppe Motta einen grotesken «Dilettantismus» und spricht insgesamt von einer «erstaunlichen Sorglosigkeit».[36] Aus transnationaler Perspektive lässt sich unschwer zeigen, dass es sich hier keineswegs um eine schweizerische Spezialität handelt. So konstatierte der 1919 in die Schweiz eingewanderte österreichische Ökonom und Bankier Felix Somary einen «ökonomischen Analphabetismus» in vielen Ländern; dieser ist allerdings in der vergleichsweise kompakten und eng vernetzten schweizerischen Elite besonders erklärungsbedürftig.[37]

Die Neigung, Probleme der Versorgungssicherheit in einen sehr kurzfristigen Zeithorizont zu stellen, war omnipräsent. 1912 lenkten die Spannungen auf dem Balkan und der dort im Herbst ausbrechende Krieg auch in Regierung und Parlament einige Aufmerksamkeit auf diese Fragen. Am 19. Juni 1912 reichten der katholisch-konservative Nationalrat Josef-Anton Balmer (Luzern) und Mitunterzeichner eine Motion ein, welche das Problem der Abhängigkeit von Getreideimporten über den Rhein aufwarf, dies mit einem Schwerpunkt auf dem Sachverhalt, dass auf dieser Route in Mannheim, Strassburg und Kehl «weit grössere Posten schweizerischen Getreides auf Lager gelegt sind, als in unsern sämtlichen schweizerischen Lagerhäusern zusammen». Diese Lager wären «im Falle eines Krieges des Dreibundes [...] wohl für uns verloren.»[38]

Ende Oktober befasste sich dann die Landesregierung auf Antrag des Schweizerischen Militärdepartements (SMD), das einen «ganz konfidenziellen» Bericht unterbreitete, mit der «Brotversorgung der Schweiz», und zwar mit Bezug auf die grundsätzlichen Optionen der Schweiz in einem künftigen Krieg. Man dürfe, so das SMD, «zwar auch hier nicht allzu schwarz sehen» und müsse sich vor allem «klar machen, dass eine völlige Einkreisung der Schweiz durch Abschneidung aller Getreidefuhren zwar wohl für eine gewisse Übergangszeit möglich ist, dagegen nicht auf eine längere Dauer vorauszusehen ist». Die politische Lage werde es «naturgemäss mit sich bringen, dass nach relativ kurzer Zeit seit dem Ausbruch von Feindseligkeiten eine Annäherung der Schweiz nach irgend einer Seite eintritt». Denn «eine Schweiz im Kampfe gegen alle vier Grenzmächte ist undenkbar und eine Schweiz als dauernd unbeteiligte und neutrale Insel inmitten der Brandung des europäischen Krieges im höchsten Grade unwahrscheinlich. Hat aber einmal nach irgendeiner Seite eine Annäherung stattgefunden, so hört dort die Getreidesperre auf. Praktisch kann es sich also nur darum handeln, dass wir für eine gewisse Übergangszeit vorgesorgt seien.»[39] Der Bundesrat folgte diesem Bericht und beschloss einige Massnahmen, welche die Situation nicht effektiv veränderten.[40]

Die fatalistische Meinung, die Schweiz müsse sich nach einer «gewissen Übergangszeit» sowieso einer kriegführenden Mächteallianz anschliessen, entlastete die Behörden und auch interessierte Wirtschaftskreise von einer vertieften Auseinandersetzung mit dem Problem. So fällt die Bilanz der

Vom Rohstoffimport abhängig: die Verarbeitung von Aluminiumblech zugunsten der Armee in der Eidgenössischen Konstruktionswerkstätte in Thun (Bild: BAR, wikimedia).

Vorbereitungen, bezogen auf das dreistufige Raster, das Jöhr vorgeschlagen hatte, schlecht aus. Was seinen ersten Punkt betrifft, so war die Vorratshaltung auf allen Ebenen krass unterdotiert. Weit wichtiger war aber die Tatsache, dass die Möglichkeiten der Schweiz, sich mit einer aussenwirtschaftlichen Mischung aus Opportunismus, Nützlichkeit und attraktiven Angeboten einen Anpassungsspielraum zu sichern, das heisst auch jenen «Machtbestand» auszuspielen, auf den Geering hingewiesen hatte, auf der militärischen Führungsebene kaum erkannt wurden. Bundesrat, Administration und Diplomatie machten sich zwar daran, die nach 1914 völkerrechtlich fluide gewordene Neutralitätsmaxime unter erschwerten Bedingungen neu auszuhandeln und die Nicht-Kriegsbeteiligung der Schweiz zu einem nationalen Geschäftsmodell auszubauen. Dies geschah allerdings in einer wenig systematischen Weise. Vielmehr schoss mit der anziehenden Kriegskonjunktur ein Wildwuchs privater Initiativen ins Kraut, der vielfach sowohl mit schweizerischen Gesetzesbestimmungen wie mit den Kontrollmassnahmen der Kriegführenden in Widerstreit geriet, so dass die aussenwirtschaftlichen Überwachungsapparate der Alliierten und wenig später der Mittelmächte mithin das Resultat mangelnder Selbstkontrolle und Koordination in der Schweiz selber waren.

Die führenden Militärs befassten sich kaum mit diesem Problem, obwohl es aufgrund des rasch aufblühenden Waffenexports auch für die schweizerische Rüstungsbeschaffung von einiger Relevanz war. Viele dachten in obsoleten Kategorien und hielten daran fest, je länger der Krieg dauere, desto weniger sei es möglich, den Zustand der bewaffneten Neu-

tralität aufrechtzuerhalten. Das demonstrative Desinteresse am Wirtschaftlichen erklärte sich aus dem Hang General Willes, ein rechnerisches Kalkül mit genau jener «Krämerseele» und «Händlermentalität» gleichzusetzen, die er im Namen eines heldenhaften Heroismus, den er in Deutschland verkörpert fand, verachtete.[41]

Entsprechend inkonsistent war seine Meinung zu einem Kriegseintritt der Schweiz. Er hielt eine militärische Kriegsbeteiligung – seiner Meinung nach klar auf Seiten der Mittelmächte – für unvermeidlich. Dies zu einem Zeitpunkt, als die wichtigsten Wirtschaftszweige und auch die Regierung die «Übergangszeit» ganz anders zu interpretieren begonnen hatten, als dies anfänglich der Fall war. Der erwartete Zugzwang zu einem Kriegsbeitritt hatten sich mitnichten eingestellt. Und je länger das militärische Kräftemessen auf den Schlachtfeldern dauerte, desto mehr einigten sich massgebliche Politiker und Wirtschaftsexponenten auf die Devise eines flexiblen Durchhaltens und Sich-Anpassens. So fand Wille mit seinen Eintrittsparolen immer weniger Widerhall. Dennoch blieb er bei seiner Meinung eines unbesiegbaren Deutschland. Dabei dachte er in grossen Zusammenhängen und eminent politisch: Er plädierte für einen Kriegseintritt, um der Schweiz bei Kriegsende, wenn die Karten neu verteilt werden würden, eine optimale Ausgangsposition zu verschaffen. So waren für ihn Kriegsbeteiligung und nationale Unabhängigkeit überhaupt keine Gegensätze. Er schrieb im zitierten «Säbelrasselbrief», dass er, «wenn die Erhaltung unserer Selbständigkeit und Unabhängigkeit dies erfordert, den gegenwärtigen Moment für das Eintreten in den Krieg als vorteilhaft erachte». Dass Wille 1915 in dichter Aufeinanderfolge forderte, die Schweiz solle «neutral bleiben und verhindern, in den Krieg mit hineingezogen zu werden» und gleichzeitig daran festhielt, «wir» würden, «ob wir wollen oder nicht, in den allgemeinen Krieg hineingezogen werden», ist nicht Ausdruck von Wankelmütigkeit, sondern darin äussern sich situative Stellungnahmen bei anhaltender Konstanz des Gesamtbildes.

Ab 1917 führten aussenwirtschaftlicher Sachverstand und pragmatischer Opportunismus dazu, dass sich die Schweiz zum Entsetzen der diplomatischen Vertreter Deutschlands mittels der «American Mission» mit atemberaubendem Tempo auf die Seite der USA und etwas später zudem ins Völkerbundlager schlug.[42] Die ab Sommer 1918 eintreffenden Getreidelieferungen aus den USA entspannten – anfänglich vor allem im Erwartungshorizont – eine prekär gewordene Versorgungslage. Wille war diese Gesinnung nicht geheuer, und weil er die Vorgänge nicht (mehr) verstand, verlor er seinen Einfluss auf die Aussenpositionierung der Schweiz und wurde zudem zum Objekt sehr persönlicher Intrigen aus dem Innern des militärischen Apparates. Umso dezidierter wandte er sich deshalb in den letzten beiden Kriegsjahren der innenpolitischen Front, dem Ordnungsdienst der Armee gegen die Arbeiterbewegung zu. Diese Aufgabe verfolgte

er, in Übereinstimmung mit der ganzen militärischen Führung, mit einem stark reduzierten Sensorium für die sozialpolitische Lage im Land. Schon in der Studie von Willi Gautschi zum schweizerischen Landesstreik wird hervorgehoben, welch phantasmatische Bedrohungsfiktionen in der schweizerischen Elite kultiviert wurden.[43] Daraus erklärt sich zum Gutteil die provozierende Vorgehensweise, die mit grossen Truppenaufgeboten in verschiedenen Städten in die Generalstreik-Eskalation hineinführte. Eine weitergehende Erklärung müsste berücksichtigen, dass sich diese Massnahmen – im Unterschied zu General Willes lautem Nachdenken über einen schweizerischen Kriegseintritt auf Seiten Deutschlands – mit dem Prinzip der «bewaffneten Neutralität» vereinbaren liessen. In der Konsequenz stabilisierten sie das Vertrauen in den Finanzplatz und sie stiessen in der sich mittels Bürgerwehren neu formierenden nationalen Rechten auf breite Zustimmung. Doch auch die Auseinandersetzungen im Innern der Schweiz standen bald im Bann anderer Prioritäten und Zukunftsbilder. «Die Welt, in der der General aufgewachsen war, (war) verschwunden», bilanzierte Böschenstein 1960 ebenso knapp wie zutreffend.

IV.

Ein Ausblick auf das 20. Jahrhundert offenbart die anhaltenden Schwierigkeiten von Armee und Behörden gleichermassen, Form und Funktion der militärischen Landesverteidigung auf der Höhe der jeweiligen Gegenwartsprobleme zu reflektieren und insbesondere aussen- sowie volkswirtschaftlichen Bedingungen, Restriktionen und Potenzialen Rechnung zu tragen. Im Ersten Weltkrieg hatte sich der enge Nexus zwischen wirtschaftlicher und politischer Abhängigkeit das erste Mal mit voller Wucht bemerkbar gemacht. Die damals ersichtlichen Asymmetrien in der Landesverteidigungskonzeption überdauerten das Kriegsende. Im Zweiten Weltkrieg trat dann «der Antagonismus zwischen ‹Landesverteidigung› und ‹Kriegsführung›» klar zutage, womit das Bewusstsein für die Tatsache geschärft wurde, dass «das Überleben [militärisch] nur gesichert werden [konnte], wenn dies auch wirtschaftlich der Fall war».[44] Doch auch damals setzte sich die Einsicht, dass eine glaubhafte Dissuasionsstrategie [...] «ausschliesslich im Rahmen einer umfassenden sicherheitspolitischen Konzeption denkbar» war, nicht durch.[45] Es gab zwar Ansätze zu einer «strategischen Synthese», welche die konfligierenden Ressourcennutzungen und Zielkonflikte auf ein Sicherheitsoptimum hin auszutarieren trachtete.[46] Eine weiterführende, auf sicherheitspolitischer und ebenso ökonomischer Expertise basierende Diskussion über eine mehrdimensionale Landesverteidigung wurde indessen nach 1945 durch die historische Mythenbildung um das Réduit national und die vergangenheitspolitische Popularität des «Aktivdienstmodells» wirksam blockiert.[47]

Dies war deshalb problematisch, weil sich die Schweiz auch nach dem Zweiten Weltkrieg «der Entwicklung in der modernen Kriegsführung keineswegs entziehen» konnte.[48] Diese perzipierte man nach 1945 stark unter dem operativ-waffentechnischen Aspekt. Über den Konzeptionenstreit zwischen «Stabilen» und «Mobilen» sowie weitere innere Konflikte hinaus träumte die schweizerische Armeeführung mehrheitlich von Atombomben, die als «moderne Hellebarden» zur Bekämpfung des Feindes im Mittelland eingesetzt werden sollten, von Hunderten von Kampfflugzeugen, die, wenn nötig, mit Atomwaffen in die strategische Tiefe des Ostblocks vordringen, und von hochmechanisierten Einheiten, mit denen feindliche Kräfte im «Kriegstheater» besiegt werden konnten. Der Fokus lag erneut auf militärischen Aspekten – die weiteren Zusammenhänge einer auf verschiedenen Stufen einer Konflikteskalation funktionierenden Landesverteidigung wurden weitgehend ausgeblendet. Dass diese Waffen-Aufrüstungspläne dann nicht verwirklicht werden konnten, war nicht Resultat besserer Einsicht, sondern einer opaken Mischung aus freundeidgenössischen Kompromissen, unternehmerischer Interessenpolitik und äusseren Zwängen geschuldet. Im Einzelnen zu nennen sind: Fehlende Finanzen auf Bundesebene, aussenwirtschaftliche Abhängigkeiten und Präferenzen (unter anderem Kauf von US-amerikanischen Leichtwasserreaktoren), multilaterale Verrechtlichungsprozesse im globalen Massstab (atomare Non-Proliferationsabkommen).[49]

Die Schweiz brachte sich mit diesen Lernschwierigkeiten, die mit einer Vereindimensionalisierung der Expertise zusammenhängen, «um die sicherheitspolitischen Früchte ihrer spezifischen und richtungsweisenden ‹Kriegserfahrung›» (so Wegmanns Schlussfolgerung).[50] Zwar wurden im Verlaufe der 1970er-Jahre aussenwirtschaftspolitische Faktoren etwas stärker berücksichtigt. Doch von der Armeekonzeption 1966 über die Berichte zur Gesamtverteidigung von 1970 und 1973 bis hin zum Zwischenbericht 1979 sowie zum Bericht über die Friedens- und Sicherheitspolitik von 1988 lässt sich sagen, dass sie «um den Preis inhaltlicher Unschärfe und Unverbindlichkeit versuchten [...] einen überparteilichen Konsens herzustellen» und dabei «oft als Referenz im innenpolitischen Kampf um Ressourcen» dienten.[51]

Im 21. Jahrhundert wurden diese Problemstellungen deutlicher freigelegt. In einer konzisen Abhandlung zur «Rohstoffpolitik als Sicherheitspolitik» arbeiteten Henrique Schneider und Hans-Ulrich Bigler die zentrale Bedeutung «weltweiter Rohstoff-Austauschketten» heraus, die einerseits Wohlstandsgewinne ermöglichen und andererseits eine steigende Verletzlichkeit implizieren.[52] Die Autoren würdigen die bundesrätlichen Vorschläge zur Energiewende, konstatieren darin jedoch einen «logischen Fehler»: «Versorgungssicherheit wird nicht mittels Importen gewährleistet. Die Frage muss umgekehrt lauten, nämlich: Wie kann man Versorgungssicherheit

trotz Importen garantieren?» Die Schweiz als «wirtschaftlich hochgradig vernetztes Land und arm an eigenen Rohstoffen» sei «auf einen freien internationalen Marktzugang generell angewiesen» und deshalb «in besonderem Mass exponiert gegenüber Druck oder Nötigung mit wirtschaftlichen Mitteln».[53] Zwar wäre es «strategisch, ordnungs- und sicherheitspolitisch falsch, die Schweizer Aussenpolitik einseitig auf die Rohstoffbedürfnisse der Wirtschaft auszurichten»; daraus folge aber «keineswegs, dass sich die Aussenpolitik nicht dafür einzusetzen hätte».[54] Eine solche «in einem weiten Sinne verstandene» Sicherheitspolitik, welche die Abhängigkeitsmatrix der Volkswirtschaft und den Manövrierspielraum international tätiger Unternehmen angemessen berücksichtigt, bleibt jedoch unvermeidlich einem nationalen Paradigma verhaftet; es geht darum, «die Sicherheit eines Staates» zu verknüpfen mit «seiner Fähigkeit, die Lebensqualität seiner Bevölkerung und seine eigene Unabhängigkeit aufrechtzuerhalten».[55] Dass die Vorbereitung auf einen Krisen- und Kriegsfall a priori nicht auf einen nationalen Handlungsraum beschränkt bleiben kann, wird durchaus mitgedacht. Doch die weitreichenden Konsequenzen dieser Einsicht bleiben auch hier unterbelichtet.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass im «kurzen 20. Jahrhundert» – also in der Zeit vom Ersten Weltkrieg bis zum Ende des Kalten Krieges – die für die nationale Selbstbehauptung der Schweiz als Kleinstaat im europäischen und internationalen Massstab so wichtige Wirtschaft ein blinder Fleck oder zumindest eine stark ausgeklammerte Dimension der «schweizerischen Erfahrung»[56] war. Dies verfestigte in einer *longue durée* die immer wieder prekären Asymmetrien in der Landesverteidigungskonzeption. Es liegt hier allerdings ein Problem vor, das nicht einfach «lösbar» ist, denn die Aporie einer nationalen Antwort (wie sie im Begriff einer «Landesverteidigung» angelegt ist) auf eine transnationale Problemlage (wie sie in Begriffen wie «Verflechtung», «Abhängigkeit» und «Verletzbarkeit» zum Ausdruck kommen) lässt sich grundsätzlich nicht aufheben.

1 Siehe dazu: Herren, Madeleine; Zala, Sacha: *Netzwerk Aussenpolitik. Internationale Kongresse und Organisationen als Instrumente schweizerischer Aussenpolitik 1914–1950*, Zürich 2002; Herren, Madeleine: *Hintertüren zur Macht: Internationalismus und modernisierungsorientierte Aussenpolitik in Belgien, der Schweiz und den USA, 1865–1914*, München 2000; Ernst, Andreas; Wigger, Erich (Hg.): *Die neue Schweiz? Eine Gesellschaft zwischen Integration und Polarisierung (1910–1939)*, Zürich 1996.

2 Zu den ausserordentlichen Vollmachten, die später unter dem Begriff «Vollmachtenregime» gefasst wurden, vgl. Schneider, Oliver: «Diktatur der Bürokratie? Das Vollmachtenregime des Bundesrates im Ersten Weltkrieg», in: Rossfeld, Roman; Buomberger, Thomas; Kury, Patrick: *14/18. Die Schweiz und der Grosse Krieg*, Baden 2014, S. 48–71; ders.: *Die Schweiz im Ausnahmezustand. Expansion und Grenzen von Staatlichkeit im Vollmachtenregime des Ersten Weltkriegs, 1914–1919*, Diss. (im Erscheinen), Zürich 2018.

3 Cornaz, Max: *Zum Problem der Wirtschaftsneutralität. Die Handelsverträge der Schweiz im ersten Weltkrieg*, Zürich 1952, S. 4–6.

4 Cornaz, Wirtschaftsneutralität, S. 8f.

5 Cornaz, Wirtschaftsneutralität, S. 10. Zu den Schweizer Unternehmen während der Kriegszeit vgl. Rossfeld, Roman; Straumann, Tobias (Hg.): *Der vergessene Wirtschaftskrieg. Schweizer Unternehmen im Ersten Weltkrieg*, Zürich 2008; zur Aussenwirtschaftspolitik vgl. Ochsenbein, Heinz: *Die verlorene Wirtschaftsfreiheit 1914–1918. Methoden ausländischer Wirtschaftskontrollen über die Schweiz*, Bern 1971.

6 Zum Wandel der Neutralitätskonzeptionen vor und während des Ersten Weltkrieges vgl. Abbenhuis, Maartje M.: *An age of neutrals: great power politics, 1815–1914*, Cambridge 2014; Kruizinga,

Samuël: «Neutrality», in: Winter, Jay M. (Hg.): *Cambridge History of the First World War,* Bd. 2 (The State), Cambridge 2014, S. 542–575.

7 Diese nationale Orientierung stabilisiert sich immer nur in transnationalen Austauschprozessen. Dabei ist die Imitation von Vorbildern ebenso wichtig wie das Lernen vom Gegner. Vgl. Aust, Martin; Schönpflug, Daniel (Hg.): *Vom Gegner lernen: Feindschaften und Kulturtransfers im Europa des 19. und 20. Jahrhunderts,* Frankfurt am Main 2007.

8 Böschenstein, Hermann: «Bundesrat und General im Ersten Weltkrieg», *Schweizerische Zeitschrift für Geschichte* Nr. 4 (1960), S. 515–532, hier S. 517.

9 Mach, André et al.: *Schweizer Wirtschaftseliten 1910–2010,* Baden 2017; theoretisch noch immer massgeblich: Kriesi, Hanspeter: *Entscheidungsstrukturen und Entscheidungsprozesse in der Schweizer Politik,* Frankfurt a. M. 1980; für Teilaspekte interessant: Cassis, Youssef; Debrunner, Fabienne: «Les élites bancaires suisses, 1880–1960», *Schweizerische Zeitschrift für Geschichte* 40 (1990), S. 259–273; Tanner, Albert: *Arbeitsame Patrioten – wohlanständige Damen. Bürgertum und Bürgerlichkeit in der Schweiz, 1830–1914,* Zürich 1995; Gruner, Erich: *Politische Führungsgruppen im Bundesstaat,* Bern 1973.

10 Tanner, Jakob: *Geschichte der Schweiz im 20. Jahrhundert,* München 2015, S. 184 ff.

11 Hoefliger, Walter:, *Die finanzielle Kriegsbereitschaft der schweizerischen Eidgenossenschaft unter besonderer Berücksichtigung der Schweizerischen Nationalbank,* Zürich 1914, S. 16 f.

12 Aust, Schönpflug (Hg.), Vom Gegner lernen.

13 Jaun, Rudolf: *Preussen vor Augen. Das schweizerische Offizierskorps im militärischen und gesellschaftlichen Wandel des Fin de siècle,* Zürich 1999.

14 Zur Beurteilung der Armee durch General Ulrich Wille vgl. ders.: *Bericht an die Bundesversammlung über den Aktivdienst 1914 bis 1918* (= Generalsbericht; 3. unveränderte Auflage 1926).

15 Böschenstein, Bundesrat und General, S. 522.

16 Hier zitiert nach: Böschenstein, Bundesrat und General, S. 519–521. Böschenstein druckt den Brief in seinem Aufsatz integral ab.

17 Böschenstein, Bundesrat und General, S. 520.

18 Schweizerisches Bundesarchiv Bern, Protokolle des Bundesrates (E1005#4), Protokoll der 92. Sitzung des Schweizerischen Bundesrates, 25. Oktober 1912. Vgl. die Zitate weiter unten.

19 Ehrbar, Hans Rudolf: *Schweizerische Militärpolitik im Ersten Weltkrieg,* Bern 1976, S. 94 f.; zu Hoffmann vgl. die Biographie von Widmer, Paul: *Bundesrat Arthur Hoffmann. Aufstieg und Fall,* Zürich 2017, welche die der Schweiz zugeneigte Seite des Magistraten hervorhebt.

20 Ochsenbein, Die verlorene Wirtschaftsfreiheit, S. 331.

21 Frey, Julius: «Die finanzielle Kriegsbereitschaft der Schweiz», in: Raschers Jahrbuch, Hg. Konrad Falke, Zürich 1910, S. 143–165, hier S. 143 f.

22 Frey, Kriegsbereitschaft, S. 165.

23 Frey, Kriegsbereitschaft, S. 144.

24 Frey, Kriegsbereitschaft, S. 147 und 151. Einen ähnlich eingeschränkten Fokus nimmt eine weitere Studie aus dem Jahre 1914 ein: Hoefliger, Die finanzielle Kriegsbereitschaft der schweizerischen Eidgenossenschaft.

25 Jöhr, Adolf: *Die Volkswirtschaft der Schweiz im Kriegsfall,* Zürich 1912, S. 3.

26 Jöhr, Volkswirtschaft der Schweiz, S. 77 f.

27 Jöhr, Volkswirtschaft der Schweiz, S. 235.

28 Jöhr, Volkswirtschaft der Schweiz, S. 237 f.

29 Vgl. dazu: Tanner, Jakob: «Maximum slaughter at minimum expense. Die ökonomische Logik der Kriegsführung und die Rolle der Kriegswirtschaft», in: Thier, Andreas; Schwab, Lea: *1914,* Zürich 2018 (im Erscheinen).

30 Traugott Geering: «Von der Exportstruktur der schweizerischen Volkswirtschaft», in: *Politisches Jahrbuch der Schweizerischen Eidgenossenschaft* 27 (1913), S. 178–203, hier S. 187.

31 Geering, Exportstruktur, S. 191.

32 Geering, Exportstruktur, S. 193.

33 Geering, Exportstruktur, S. 196.

34 Geering, Exportstruktur, S. 196 ff.

35 Ochsenbein, Die verlorene Wirtschaftsfreiheit.

36 Ochsenbein, Die verlorene Wirtschaftsfreiheit, S. 47.

37 Somary, Felix: *Erinnerungen aus meinem Leben,* Zürich 1959, S. 100.

38 Stenograph. Bulletin der Schweizerischen Bundesversammlung, 1912, S. 334.

39 Bericht des Militärdepartements zur «Brotversorgung der Schweiz» vom 23. Oktober 1912. Im Protokoll der 92. Sitzung des Schweizerischen Bundesrates, 25. Oktober 1912.

40 So befasste sich auch der Vorsteher des Post- und Eisenbahndepartementes, Ludwig Forrer, vor allem mit Logistikfragen und forderte eine Verstärkung der Südrouten. Am 4. Oktober 1912 schrieb er an die Teilnehmer der Konferenz zur Sicherung der Brotversorgung: «Gelänge diese Verkehrsumleitung, so hätte die Schweiz den Vorteil, von mehreren Seiten her mit Getreide versorgt zu werden, was im Kriegsfall von grosser Bedeutung wäre. Den südlichen Routen müsste der Import von russischem und rumänischem Weizen zufallen, während den nördlichen Routen der zeitweise bedeutende Import von amerikanischem Weizen verbleiben würde.» Diplomatische Dokumente der Schweiz, S. 719, https://www.amtsdruckschriften.bar.admin.ch/viewOrigDoc/60002165.pdf?ID=60002165

41 Tanner, Geschichte der Schweiz, S. 134 f.

42 Weber, Florian: *Die amerikanische Verheissung. Schweizer Aussenpolitik im Wirtschaftskrieg 1917/18,* Zürich 2016.

43 Gautschi, Willi: *Der Landesstreik 1918,* Zürich 1988 (erstmals 1968; dritte Auflage mit einem Nachwort von Hans-Ulrich Jost), S. 183.

44 Wegmüller, Hans: *Brot oder Waffen. Der Konflikt zwischen Volkswirtschaft und Armee in der Schweiz 1939–1945,* Zürich 1998, S. 176 und 179.

45 Wegmüller, Brot oder Waffen, S. 15.

46 Tanner, Jakob: *Bundeshaushalt, Währung und Kriegswirtschaft. Eine finanzsoziologische Analyse der Schweiz zwischen 1938–1953,* Zürich 1986.

47 Wegmüller, Brot oder Waffen, S. 179.

48 Wegmüller, Brot oder Waffen, S. 11.

49 Vgl. dazu: Tanner, Geschichte der Schweiz, S. 319–329.

50 Wegmüller, Brot oder Waffen, S. 179.

51 Mantovani, Mauro: «Sicherheitspolitik», in: *Historisches Lexikon der Schweiz,* http://www.hls-dhs-dss.ch/textes/d/D8679.php.

52 Schneider, Henrique; Bigler, Hans-Ulrich: «Rohstoffpolitik als Sicherheitspolitik» in: *MILITARY POWER REVUE der Schweizer Armee* 2 (2012), S. 36–48, hier S. 37.

53 Schneider, Bigler, Rohstoffpolitik als Sicherheitspolitik, S. 36.

54 Schneider, Bigler, Rohstoffpolitik als Sicherheitspolitik, S. 42.

55 Schneider, Bigler, Rohstoffpolitik als Sicherheitspolitik, S. 48.

56 Wegmann, Brot oder Waffen, S. 11.